

Offshore-Wind braucht Industriepolitik!

„Ein Blick in die deutschen Häfen macht besonders deutlich, wie viel in den nächsten Jahren passieren muss. Um hier zeitnah Logistikzentren für die Offshore-Windindustrie zu schaffen, sind enorme Aus- und Umbaumaßnahmen notwendig“, erklärt eine breite Allianz aus Branchenorganisationen der Offshore-Windbranche in einem gemeinsam veröffentlichten Papier. Es geht dabei um die Vertiefung von Hafenbecken, die Verstärkung von Kaikanten, die Schaffung zusätzlicher Fläche und die Organisation von zuverlässigen Hinterlandanbindungen via Schiene, Schwerlasttransport oder Binnenschifffahrt. „Hier müssen schnellstens Investitionsentscheidungen getroffen werden, damit die Insuffizienz der Hafeninfrastruktur nicht zum Korken auf dem Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland wird“, heißt es weiter.

Die Offshore-Wertschöpfungskette braucht dringend industriepolitische Signale, um sich auf den bevorstehenden globalen Ansturm auf die begrenzten Ressourcen und Produktionskapazitäten für den Ausbau der Offshore-Windenergie vorzubereiten. Die Branche liefert daher konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik, um den absehbaren Bottlenecks zügig zu begegnen.

Auch in punkto Produktionskapazitäten hakt es an allen Ecken und Enden. „Die absehbare Bestellliste reicht von Errichterschiffen über Kabel bis hin zu Großkomponenten für die Windenergieanlagen selbst – die europäischen Werke sind bald an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen“, sagt die Branche. Weltweit ziehen die Offshore-Ausbauziele an. In Ostende haben sich im April 2023 neun europäische Regierungen auf Ausbauziele von 120 GW Offshore-Windenergie in der Nordsee bis 2030 und 300 GW bis 2050 geeinigt. In der Marienborg Erklärung sind ebenfalls 20 GW aller Ostseeanrainerstaaten als Ziel für 2030 deklariert worden. Die US-Regierung plant 30 GW bis 2030, die Asien-Pazifik Staaten (APAC) haben sich bis 2030 235 GW vorgenommen. Aufgrund der unvermeidbar langen Vorlaufzeiten der Projekte fehlt es heute jedoch an Finanzierungssicherheit, um die Offshore-Wertschöpfungskette „Ausbau-ready“ zu machen. Zahlreiche politische Stellschrauben könnten hier Erleichterung verschaffen. So schlägt die Branche beispielsweise eine Öffnung des vergünstigten Kreditprogrammes „Offshore-Windenergie“ der KfW für die Offshore-Wertschöpfungskette vor.

Ein grundlegendes Problem liegt bei alledem – wie so oft – auch in der Bürokratie: „Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie eine generelle Vereinfachung der Genehmigungsprozesse hätte positive Effekte auf die gesamte Wertschöpfungskette. Denn je früher die Aufträge eingehen, desto schneller kann die benötigte Liquidität zum Ausbau der Produktionskapazitäten bereitgestellt werden“, erläutert die Branche. Eine nachhaltige Beschleunigung und Entschlackung von Genehmigungsverfahren aller Art schafft also Investitionssicherheit für einen stetigen Zubau entlang der gesamten Wertschöpfungskette – ein dringend benötigtes Signal, das bisher leider auf sich warten lässt.